

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

hinter uns liegen turbulente Tage und Wochen. Seit dem 4. August 2017 steht fest: Rot-Grün in Niedersachsen hat trotz des eindeutigen Wahlergebnisses von 2013 keine Mehrheit mehr.

Ich gebe zu, das ist enttäuschend. Enttäuschend auch deshalb, weil diese Ein-Stimmen-Mehrheit seit 2013 stabil und geschlossen stand. So haben wir in viereinhalb Jahren keine einzige Abstimmung verloren und uns auch von einer Opposition aus CDU und FDP nicht ins Bockshorn jagen lassen, die vom ersten Tag unserer Regierungszeit kein anderes Ziel hatte, als dieses Wahlergebnis um jeden Preis zu „korrigieren“.



**Johanne Modder, MdB**

Dafür danke ich meiner Fraktion, aber auch der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen ganz herzlich. Wir haben gemeinsam vieles auf den Weg gebracht und unser Bundesland auch angesichts großer Herausforderungen wie den Flüchtlingsbewegungen ruhig und stabil regiert. Nun kämpfen wir alle gemeinsam dafür, diese erfolgreiche

Arbeit auch nach der vorgezogenen Landtagswahl am 15. Oktober 2017 fortsetzen zu können. Es scheint mir allerdings geboten, auch an dieser Stelle noch einmal auf die Umstände einzugehen, die zu dieser Neuwahl geführt haben:

Dass sich parlamentarische Mehrheiten verändern können, ist in einer Demokratie etwas völlig Normales. Allerdings ist es meine feste Überzeugung, dass über diese Mehrheiten die Wählerinnen und Wähler entscheiden sollten und nicht einzelne, persönlich enttäuschte Abgeordnete.

In meiner Rede zum Antrag auf Auflösung des Niedersächsischen Landtags am 7. August 2017 habe ich Frau Twesten noch einmal persönlich auf ihren Wechsel zur CDU angesprochen und den Vertretern ihrer „neuen“ Partei einige – aus meiner Sicht zentrale – Fragen gestellt: Wann haben Vertreter der CDU erstmals über einen Fraktionswechsel gesprochen? Wer hat diese konkreten Gespräche mit Frau Twesten geführt? Und zu guter Letzt: Was für ein Preis wurde gezahlt?

Diese Fragen werden die Vertreter der CDU und auch ihr Spitzenkandidat in den kommenden Wochen immer wieder beantworten müssen. Die Wählerinnen und Wähler haben ein sehr feines Gespür für solche Vorgänge und werden aus diesem unsauberen Manöver ihre Schlussfolgerungen ziehen.

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollten jetzt hingegen auf unsere inhaltlichen Schwerpunkte setzen. Diese rot-grüne Landesregierung hat eine ausgesprochen positive Bilanz, auf die wir stolz sein können. Wir haben auch für die nächsten fünf Jahre eine Menge vor. Deswegen müssen wir jetzt alle gemeinsam an einem Strang ziehen und in den nächsten zwei Monaten alles in die Waagschale werfen. Es ist nun unsere Aufgabe, die Menschen in Niedersachsen davon zu überzeugen, dass die nächste Landesregierung erneut von der SPD und unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil geführt werden muss!

Packen wir es an!

## Aus dem Inhalt

- „Wir arbeiten weiter, es finden Wahlen statt und wir werben für einen erneuten Regierungsauftrag“
- SPD setzt sich mit Soforthilfe für Flutopfer durch – 50 Millionen im ersten Schritt – Auszahlung ab sofort
- CDU und FDP arbeiten mit Fake-News – Schulstart in Niedersachsen gelungen – Abordnungen stets üblich
- CDU und FDP blockieren wichtige Infrastrukturprojekte in Kommunen
- Finger weg vom VW-Gesetz! Wir stehen zu Volkswagen und seinen Beschäftigten

### Impressum

**Herausgeber:** SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag  
Hannah-Arendt-Platz 1 • 30159 Hannover  
SPDLTND@LT.Niedersachsen.de  
**E-Mail:**  
**Internet:** [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)  
**Facebook:** <https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen>  
**V.i.S.d.P.:** Sebastian Böhrs  
**Redaktion:** Frank Jungbluth und Oliver Grimm  
**Satz und Layout:** Andreas Schneider  
**Fotos:** SPD-Fraktion; Wiard Siebels; photocase - adina 80xx

## „Wir arbeiten weiter, es finden Wahlen statt und wir werben für einen erneuten Regierungsauftrag“

Der Landtag Niedersachsen hat seine Selbstauflösung beschlossen. Wie das kommt, was das heißt und wie es weitergeht, erklärt Grant Hendrik Tonne, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion.

Der 4. August 2017 ist eine Zäsur in der Geschichte unseres Landes und des Landtages: Erst zum zweiten Mal in der Geschichte Niedersachsens haben die Abgeordneten des Parlamentes diese folgenreiche Entscheidung getroffen. Dem Bundestag steht diese Möglichkeit nicht zur Verfügung.

**TiL:** Am Montag, 21. August 2017, hat sich der Landtag aufgelöst. Alle Fraktionen haben das elf Tage zuvor beantragt und diesen Antrag am 10. August 2017 beraten. Wie ist es dazu gekommen?

**Grant Hendrik Tonne:** Wir haben als rot-grüne Regierungskoalition seit der Landtagswahl im Januar 2013 die Regierung mit einer knappen, aber verlässlichen Ein-Stimmen-Mehrheit getragen. Bisher haben wir auch keine Abstimmung verloren. Erst mit dem Übertritt der früheren Grünen-Abgeordneten Elke Twesten zur CDU sind wir in die Situation gekommen, dass uns diese Mehrheit abhandengekommen ist. Nicht durch den Wählerwillen – wir hatten einen klaren Auftrag –, sondern durch ein Ränkespiel zwischen dem CDU-Hoffnungsträger Althusmann, seinem Fraktionschef Thümler und eben Elke Twesten, die aus persönlicher Unzufriedenheit meinte, einer erfolgreich arbeitenden Landesregierung die parlamentarische Mehrheit zu entziehen.



**Grant Hendrik Tonne, MdB**

**TiL:** Wie ging es weiter?

**Tonne:** Zuerst hat unser Ministerpräsident Stephan Weil am selben Tag des Übertritts von Frau Twesten erklärt, dass er schnelle Neuwahlen wolle, unsere Fraktion hat das am Abend dieses Tages beschlossen, damit haben wir den Weg freigemacht. Für die CDU kam das offenbar überraschend. Anders kann man sich kaum erklären, dass deren Führungspersonal in Unkenntnis der niedersächsischen Landesverfassung viel zu lange geglaubt hat, man könne am 24. September 2017 neu wählen. Die Landeswahlleiterin hat allen Anwesenden dann die Verfassung noch mal erklärt, also wählen wir zum frühestmöglichen Zeitpunkt, das ist der 15. Oktober 2017, drei Wochen nach der Bundestagswahl.

**TiL:** Wie funktioniert eine Selbstauflösung des Landtages?

**Tonne:** Wir mussten den Antrag in einer Plenarsitzung einbringen, frühestens elf Tage später kann dann die Auflösung beschlossen werden. Das haben wir am Montag gemacht. Der Landtag ist zwar de facto aufgelöst, aber er bleibt natürlich noch im Amt, bis sich ein neuer Landtag nach der Landtagswahl konstituiert, das ist spätestens am 15. November 2017.



**Johanne Modder, MdB**

**TiL:** Wie arbeitet denn ein aufgelöster Landtag weiter?

**Tonne:** Im Prinzip ganz normal. Es gibt weiterhin die Ausschüsse, ein paar Minuten nach dem Beschluss zur Selbstauflösung hat zum Beispiel der Wirtschaftsausschuss getagt, und es gibt nach wie vor Sonderausschüsse wie den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der am Dienstag getagt hat. Ebenso tagt der Ältestenrat, der noch eine Tagesordnung für die nächste Landtagssitzung im September festlegen muss. Man kann also sagen, das Geschäft wird weitergeführt. Das klingt paradox, wenn am Montag eine Selbstauflösung beschlossen wurde, ist aber genauso. Für uns als SPD-Fraktion heißt das, dass wir ebenso weiterarbeiten. Es gibt noch zahlreiche wichtige Gesetze und die CDU muss jetzt Farbe bekennen, ob sie Verantwortung übernehmen will. Die bisherigen Signale sind enttäuschend: die CDU war viereinhalb Jahre gegen alles und hat jetzt keine Alternativen. Mit der zufälligen Mehrheit von CDU/FDP/Twesten droht Niedersachsen der Stillstand. Wir haben viereinhalb gute und erfolgreiche Jahre im Parlament und in der Regierung für die Menschen und das Land gehabt. Daran wollen wir anknüpfen. ■



## SPD setzt sich mit Soforthilfe für Flutopfer durch – 50 Millionen im ersten Schritt – Auszahlung ab sofort

Versprochen, verkündet, beschlossen: Auf Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat der Landtag im August 50 Millionen Euro Soforthilfe für die Betroffenen des Hochwassers vor drei Wochen beschlossen: „Wir haben damit so schnell wie möglich gehandelt. Das Geld kann nach dem Beschluss über den Nachtragshaushalt unverzüglich an die Opfer des Hochwassers ausgezahlt werden“, Renate Geuter, finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion ist zufrieden mit der Entscheidung.

Die Mittel für betroffene Kommunen, Unternehmen, Betriebe und für die Arbeit der Helferinnen und Helfer werden in Kürze ebenfalls bereitstehen. Hier wird die Verwendung noch mit den Beteiligten wie den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt, um zielgerichtet helfen zu können.



**Renate Geuter, MdB**

„Tausende Einsatzkräfte von Feuerwehren, THW, Polizei und weiteren Hilfsorganisationen waren Tag und Nacht – teils bis zur Erschöpfung – im Einsatz. Hinzu kamen unzählige freiwillige Helferinnen und Helfer, Einzelpersonen und sogar ganze Vereine, die Tag und Nacht Sandsäcke gefüllt und geschleppt haben, um noch Schlimmeres zu verhindern – das war ein beispielloses Engagement und ein Beispiel für den großen Zusammenhalt bei uns in Niedersachsen“, macht Bernd Lynack, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion deutlich.

„Wir sind zufrieden, dass auch CDU und FDP unserem Vorschlag zugestimmt haben.“

Der Nachtrag ist die Voraussetzung dafür, dass jetzt schnell und unbürokratisch gehandelt und ausgezahlt wird. Lynack: „Das ist ein wichtiges Zeichen an alle Betroffenen, aber auch an die vielen Helferinnen und Helfer, dass sich die Mitglieder des Kabinetts, allen voran unser Ministerpräsident Stephan Weil, von Anfang an ein Bild von der Lage in den betroffenen Gebieten gemacht haben, um auf dieser Basis die Weichen für dieses Hilfspaket zu stellen.“ ■

## CDU und FDP arbeiten mit Fake-News – Schulstart in Niedersachsen gelungen – Abordnungen stets üblich

Die Geschäftsführerin des Verbandes der Elternräte an Gymnasien, Petra Wiedenroth, nimmt es mit der Wahrheit nicht so genau: 1.000 Lehrerinnen und Lehrer würden von Gymnasien an Grundschulen abgeordnet, mussten wir dazu in der Zeitung lesen – tatsächlich waren es 171 mit Stand vom 16. August 2017.

Unser schulpolitischer Sprecher, Stefan Politze, erlebt das immer wieder. CDU und FDP arbeiten seit Jahren im Landtag mit Fake-News, um die Situation an den Schulen in Niedersachsen schlechtzureden: „Die Zahlen, die vom Verband der Elternräte an Gymnasien als Wahlkampfhilfe für die CDU heute veröffentlicht worden sind, stimmen meistens nicht. Hier wird erkennbar Wahlkampfhilfe für die CDU und ihren gescheiterten früheren Kultusminister Althusmann geleistet.“



**Stefan Politze, MdB**

„Zu Regierungszeiten von Schwarz-Gelb waren Abordnungen an der Tagesordnung. Der frühere Kultusminister Althusmann hat damit seine Unterrichtsversorgung gerettet.

Wir sind als Sozialdemokraten im Übrigen der Meinung, dass es nicht unter der Würde eines Gymnasiallehrers ist, Dritt- und Viertklässler zu unterrichten. Wer das sagt, beleidigt unsere engagierten KollegInnen an den Gymnasien“, stellt Politze klar.

CDU und FDP, so Politze, seien nicht in der Lage, Verantwortung für Niedersachsen zu übernehmen. „Kultusminister Althusmann und die FDP haben einen Scherbenhaufen hinterlassen – gescheitertes Turbo-Abi, illegale Beschäftigung von MitarbeiterInnen in Ganztagschulen und so weiter. Und dieser sogenannte Hoffnungsträger will mitregieren? Das bereitet SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen Sorge.“

Politze macht deutlich: „SPD und Grüne haben den Schülerinnen und Schülern wieder Perspektiven eröffnet und vor allem mit einer Milliarde zusätzlich im Schulsystem die Ganztagschulen ausgebaut und auf-



gewertet und 1.700 Lehrer mehr eingestellt als zu Zeiten von CDU/FDP. Wir haben heute 72.000 Lehrkräfte, aber durch die Fluchtbewegung nach Deutschland in Niedersachsen auch 35.000 SchülerInnen mehr im System. Das sind die Tatsachen. Nicht die Falschmeldungen aus dem Lager von CDU und FDP.“

Im Gegensatz zu Althusmanns Ankündigungspolitik zum Thema Bildung handeln wir: „Mit keinem Geld der Welt kann man akut Hunderte neuer LehrerInnen einstellen. Dieses Personal ist schlicht nicht verfügbar. In keinem Bundesland, weil durch die Fluchtbewegung viele neue SchülerInnen in den Schulen sind, mit denen niemand rechnen konnte, allein 35.000 sind es in Niedersachsen.“

„Es besteht kein Zweifel daran, dass wir angesichts der neuen Schülerzahlen mehr Lehrkräfte brauchen in Niedersachsen. Probleme, Personal zu finden, gibt es in allen Bundesländern. Da muss man nur in die Nachbarländer Hessen und Sachsen-Anhalt schauen – dort müssen CDU-Bildungsminister gegen den Lehrermangel kämpfen“, betont der SPD-Bildungsexperte Stefan Politze.

„Fakt ist, wir haben bessere Schulen in Niedersachsen nach vier Jahren Rot-Grün und Dank der erfolgreichen Arbeit unserer Kultusministerin Frauke Heiligenstadt. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen, damit Niedersachsens Schüler die beste Bildung bekommen.“

Dazu passt, dass die SPD-geführte Landesregierung gemeinsam mit der Regierungsfraktion die Arbeit von Grundschulleitern durch bessere Bezahlung honorieren will. „Vorgesehen ist, dass künftig diese Leitungsfunktionen nach A13 besoldet werden, nicht mehr nach A12 plus Zulage wie bisher. Damit sollen GrundschulrektorInnen für diese Aufgabe gewonnen werden. Freie Stellen in diesem Bereich hoffen wir, so schneller besetzen zu können.“



## CDU und FDP blockieren wichtige Infrastrukturprojekte in Kommunen

Die Fraktionen von CDU und FDP im Landtag Niedersachsen verhindern mit ihrer Blockadepolitik wichtige Infrastrukturmaßnahmen in den Städten und Gemeinden des Landes: „Christdemokraten und Liberale treten beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf die Bremse“, kritisiert Gerd Will, wirtschafts- und verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Hintergrund: Bei den Landkreisen, Städten und Gemeinden sind Bauvorhaben für Straßen und den Öffentlichen Personennahverkehr in Höhe von 200 Millionen Euro in Planung. Nur das Geld dafür steht nicht bereit, weil sich Änderungen im Bund-/Länder-Finanzausgleich ergeben haben, der Ende 2016 neu geregelt worden ist. „Deshalb mussten wir auch das Niedersächsische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz anpassen“, erklärt Gerd Will.



**Gerd Will, MdB**

Allerdings: „Während SPD und Grüne das Gesetz schnell beschließen und damit jedes Jahr 123,5 Millionen Euro für die Kommunen zur Verfügung stellen wollen, stoppen CDU und FDP

dieses Konjunkturprogramm für den kommunalen Straßen- und Radwegebau und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Das ist unverantwortlich und gefährdet Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft.“, so Gerd Will.

Will macht deutlich, wie unverantwortlich die Blockadepolitik von CDU/FDP ist: „Die von allen kommunalen Spitzenverbänden dringend dauerhaft geforderte gesetzliche Neuregelung ist aufgrund der Neuregelung der Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden schnell auf den Weg zu bringen. Wir sind vorbereitet. Es muss nur noch zugestimmt werden. Aber im Wirtschaftsausschuss verweigern sich FDP und CDU beharrlich. Dafür gibt es keinen Grund, außer vielleicht Wahlkampfaktik“, sagt Will.

Die Folgen sind dramatisch: „Ohne gesetzliche Neuregelung kann schon ab Herbst kein neues Projekt mehr für die nächsten Jahre auf den Weg gebracht werden. SPD und Grüne hatten im Ausschuss vorgeschlagen, zum Gesetzentwurf die kommunalen Spitzenverbände und die Sozialpartner anzuhören, um das Gesetz im September-Plenum beschließen zu können“, erklärt SPD-Verkehrspolitiker Gerd Will.

„Wenn jetzt schnell beschlossen wird, kann man die notwendige Anhörung schriftlich auf den Weg bringen. Ich appelliere immer noch an die Verweigerer bei CDU und FDP im Interesse des Landes, der Kommunen und der Wirtschaft, diese Blockadehaltung aufzugeben, damit die Kommunen handlungsfähig bleiben“, macht der wirtschafts- und verkehrspolitische Sprecher deutlich. Im Wirtschaftsausschuss vor wenigen Tagen haben CDU und FDP schon mal ihr Versprechen gebrochen, wichtige Gesetze schnell zu beschließen. „Jetzt sind CDU und FDP im Wahlkampfmodus und nicht mehr im Verantwortungsmodus“, sagt Will.

Gerd Will: „Das darf nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Ohne eine gesetzliche Anschlussregelung warten die Kommunen weiter auf dringend benötigte Mittel für den örtlichen Straßen- und Radwegebau. Die für die Bauwirtschaft wichtigen Anschlussaufträge werden unnötig auf die lange Bank geschoben.“

## Finger weg vom VW-Gesetz! Wir stehen zu Volkswagen und seinen Beschäftigten

Der Volkswagen-Konzern ist für die Menschen in unserem Land und für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen von überragender Bedeutung. Mehr als 100.000 Beschäftigte an sechs Standorten in unserem Bundesland bestreiten ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit für den weltweit größten Autobauer. Wenn man die zahlreichen mittelständischen Zulieferbetriebe in diese Rechnung miteinbezieht, sind es sogar noch einmal fast 100.000 mehr. Besonders und gerade in Krisenzeiten konnten sich diese Menschen bislang stets auf die überparteiliche Unterstützung der niedersächsischen Landespolitik verlassen.

In den letzten Tagen und Wochen scheint das für die Opposition aus CDU und FDP nicht mehr zu gelten. Während der Parteivorsitzende und Spitzenkandidat der FDP für die Bundestagswahl, Christian Lindner, im Interview mit dem



Handelsblatt sagte, man müsse „Volkswagen vollständig privatisieren“, gestand der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs, im Interview mit der gleichen Zeitung: „Ich verstehe nicht, warum das Land Niedersachsen 20 Prozent an VW halten muss.“

Ohne Frage haben die Enthüllungen aus dem September 2015 über die massenhafte Manipulation von Abgaswerten seitens des Volkswagen-Konzerns das Vertrauen in die gesamte deutsche Automobilindustrie nachhaltig beschädigt. Es ist auch nicht zu bestreiten, dass die Doppelrollen des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers – einerseits Teil der Landesregierung – andererseits Aufsichtsratsmitglied der Volkswagen AG zu sein – in derart sensiblen und hochbrisanten Situationen zu ausgesprochen schwierigen Abwägungsprozessen führen.

Im Jahr 2015 veranlasste diese Abwägung unseren Ministerpräsidenten Stephan Weil dazu, im Niedersächsischen Landtag klare Kante zu zeigen: Er bezeichnete die Manipulationen in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 2015 im Landtag als „unverantwortlich, völlig inakzeptabel und durch nichts zu rechtfertigen.“ Diese Worte trafen in Wolfsburg nicht nur auf Gegenliebe, aber sie mussten gesagt werden. Wenn die Opposition aus CDU und FDP heute über angeblich „weichgespülte“ Regierungserklärungen fabuliert und dabei die Fake-News-Kampagne einer großen deutschen Sonntagszeitung als Beweis heranzieht, dann ist das vor allem eines: nämlich scheinheilig.

Ein niedersächsischer Ministerpräsident ist als Mitglied des VW-Aufsichtsrates an die Beschränkungen des Aktienrechts gebunden, wenn es um öffentliche Äußerungen zu internen Vorgängen des Konzerns geht. Im Jahr 2015 stand darüber hinaus sogar die schiere Existenz der Volkswagen AG auf dem Spiel, da milliarden-schwere Schadensersatzforderungen aus den USA im Raum standen. Es wäre in dieser Situation auch und gerade gegenüber den Beschäftigten des Konzerns absolut unverantwortlich gewesen, hätte Stephan Weil auf eine rechtliche Prüfung seiner Aussagen verzichtet. Die Ankündigung des CDU-Spitzenkandidaten Bernd Althusmann, sich in einer vergleichbaren Situation lieber verklagen lassen zu wollen - also mit Vorsatz gegen das Aktienrecht zu verstoßen - sprechen dabei Bände über sein Rechtsverständnis und seine Ignoranz gegenüber der Situation der Beschäftigten bei Volkswagen. In den Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung hatten die Absprachen mit dem Konzern übrigens nachweislich noch deutlich intensiver stattgefunden.

„Ich verstehe nicht, warum das Land Niedersachsen 20 Prozent an VW halten muss.“, sagte der CDU Abgeordnete Michael Fuchs. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen es sehr wohl: Die Beteiligung des Landes Niedersachsen an der Volkswagen AG sorgt in Verbindung mit einem starken Betriebsrat dafür, dass das Herz von Volkswagen auch in Zukunft in Niedersachsen schlägt! Ministerpräsident Stephan Weil und Wirtschaftsminister Olaf Lies setzen sich mit aller Macht dafür ein, dass es nicht die Beschäftigten an den sechs niedersächsischen VW-Standorten sind, die für die schweren Fehler des Managements der letzten Jahre geradestehen müssen.

Wir rufen die Opposition von CDU und FDP dazu auf, zu einer sachlichen Argumentation und zur Redlichkeit zurückzukehren. Auch ein kurzer und harter Wahlkampf darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten bei Volkswagen ausgetragen werden! ■